

BÜNDNIS BERLIN-BRANDENBURG GEGEN NEUE FLUGROUTEN

Grußworte der Schirmherrin Frau Dr. Sabine Bergmann-Pohl anlässlich der öffentlichen Bündnisgründung am 4.11.2010 im großen Gemeindesaal der Evangelischen Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee

Mit großer Aufmerksamkeit, meiner ganzen Sympathie und auch mit persönlichem Einsatz verfolge und unterstütze ich die Initiativen der Menschen in Brandenburg und Berlin, die sich in die Diskussion über die Flugroutenplanung für den Hauptstadt-Großflughafen in Schönefeld einbringen. Anfang Oktober bin ich der Bürgerinitiative „Zeuthen gegen Fluglärm“ beigetreten, damit deutlich wird: Ich gehöre zu denen, die mitstreiten, dass die Lebensqualität für die Menschen ganzer Regionen nicht durch nachträgliche Veränderungen beschlossener und besiegelter staatlicher Planung in Frage gestellt wird.

Mein Engagement hat Folgen: Es hat den Wunsch bei vielen Menschen ausgelöst, über meine neue Heimatstadt Zeuthen hinaus die Schirmherrschaft für ein „Bündnis Berlin-Brandenburg gegen die neuen Flugrouten“ zu übernehmen. Dazu bin ich bereit.

Als Ärztin sehe ich die gesundheitlichen Folgeschäden durch permanenten Fluglärm und Kerosinregen auf die zusätzlich betroffenen Gemeinden, die nicht nur von Einfamilienhäusern mit Gärten geprägt sind, sondern vielen lärmgeplagten Berlinern auch als Naherholungsgebiete dienen.

Ich will mit Ihnen, für Sie und an Ihrer Seite dafür eintreten, dass die alten, ursprünglichen Flugrouten und das Nachtflugverbot, auf denen das Planfeststellungsverfahren für den neuen Großflughafen basiert, die verbindliche Grundlage aller weiteren Flugroutenplanungen sein muss.

Eines ist dabei aber sicher: Ich werde darüber - genau wie Sie - die Menschen in Blankenfelde nicht vergessen. Für die Menschen in Blankenfelde tut wirksame Hilfe not. Die Belastung anderer jedoch darf nicht der Weg sein, vor allem, wenn - wie Fachleute vermuten - die von der Planfeststellung abweichenden neuen Routen am Ende dazu führen, dass das vom Bundesverwaltungsgericht angeordnete Nachtflugverbot ausgehebelt wird. Dann wären die Menschen in Blankenfelde doppelt gestraft.

Wir leben in einer Zeit, in der es sich niemand mehr leisten darf, die Quellen der Natur und die Quellen der Ruhe, die so kostbar geworden sind, und nach denen die Menschen sich zu Recht sehnen, zu verschütten, indem im Nachhinein abgeschlossene Planfeststellungsverfahren kurzerhand umgestoßen werden. Hierfür gibt es politische Verantwortlichkeiten, die nicht auf ehrenamtliche Fluglärmkommissionen ohne wirkliche Kompetenz verlagert werden können. Das funktioniert in Deutschland nicht mehr. Und deshalb sind wir so stolz auf unser Land, weil wir niemanden zu fragen brauchen, wenn wir aufstehen, um der Unvernunft Einhalt zu gebieten. „Die banalste, zugleich aber fundamentalste

Voraussetzung des Rechtsstaates,“ hat Bundespräsident Roman Herzog oft gesagt, „ist dabei die Rechtssicherheit. Sie ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Bürger Vertrauen zum eigenen Staat fassen können, und dadurch geben sie ihm umgekehrt die Stabilität, die er braucht.“ Wir stimmen mit Roman Herzog überein, dass das Rechtsstaatsprinzip zu den wichtigsten Werten überhaupt gehört, „denn es bedeutet Schutz des Bürgers vor Willkür und die Bindung staatlichen Handelns an die Normen des Rechts.“

Ich füge als ehemalige Politikerin hinzu, dass die derzeitige Situation bei der Diskussion um die geänderten Flugrouten das Vertrauen in verlässliches politisches Handeln erheblich erschüttert hat.

BM Ramsauer hat darauf hingewiesen, dass die Menschen sich darauf verlassen müssen, was ihnen Politik und Verwaltung jahrelang im Planfeststellungsverfahren vermittelt haben.

Das ist die Plattform für unser Bündnis, und deshalb bin ich als Ihre Schirmherrin voll Zuversicht!